

beruht, sondern auf der Achtung der Interessen und der Rechte anderer Völker, auf der Anerkennung und strikten Wahrung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Der aus den schlimmsten Zeiten des „kalten Krieges“ übernommene revanchistische und antikommunistische Kurs ist in Kollision geraten mit der realen Situation in Europa und in der ganzen Welt, mit den Interessen der europäischen Völker. Die Krise der Außenpolitik der Bundesrepublik ist nun so tief, daß selbst kapitalistische Mächte Europas sich von ihr zu distanzieren beginnen. Bonn sieht sich vor die Gefahr einer völligen politischen Isolation auf dem Kontinent gestellt. Die Bonner Politik ist in eine Sackgasse geraten. Unter diesen Verhältnissen ist in Westdeutschland die neue Regierung, die Regierung der sogenannten großen Koalition, ans Ruder gekommen. Naturgemäß wäre zu erwarten gewesen, daß sie die Krise zu überwinden versucht, die durch den politischen Kurs ihrer Vorgänger verursacht worden ist, um so mehr, als an dieser Regierung prominente Vertreter der Sozialdemokratischen Partei teilnehmen, die sich Partei der Werktätigen Westdeutschlands nennt.

Man muß sagen, daß die neuen Leute am Staatsruder in Bonn nicht mit Beteuerungen, eine „neue Politik“ durchführen zu wollen, gegeistet haben. Es wurden sogar verschiedene diplomatische Schritte unternommen, die zeigen sollten, daß die Bundesregierung sich um bessere Beziehungen zu gewissen Ländern des Sozialismus bemüht. Die Propagandamaschine Bonns machte in diesem Zusammenhang unbeschreiblichen Lärm und war bemüht, die Dinge so hinzustellen, als habe auch Westdeutschland endlich begonnen, zur Normalisierung der internationalen Atmosphäre und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit beizusteuern.

Jeder, der gewohnt ist, die Politik nicht nach Worten, sondern nach den Tatsachen einzuschätzen, erkannte jedoch in dem sogenannten neuen Kurs Bonns ein taktisches Manöver. Und dafür gibt es genügend gewichtige Gründe.

In der Tat: Wovon zeugen die Tatsachen? Im Laufe von 20 Jahren festigten sich in Westdeutschland rasch die Positionen des militantesten Imperialismus, wurde seine militärische Macht wiederhergestellt. In all den Jahren ihrer Existenz erhebt die Bundesrepublik Deutschland Ansprüche auf Gebiete anderer Länder: Sie fordert eine Revision der Grenzen in Europa und erhebt Ansprüche auf Westberlin, eine Stadt mit Sonderstatus, die mit der Bundesrepublik nichts zu tun hat.